WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

77

Geld. Macht. Politik

M. Aggeler, C. Arnsperger, J. Bühler, E. Egerer, D. Ehnts, M. Graff, F. Habermann, R. Herzog, S. Howald, KEESA, A. Kemper, K. Knittler, M. Madörin, F. Nehring, B. Oberholzer, M. Paetz, M. Probst, B. Ringger, H. Schäppi, M. Stutz, M. Wendl, C. Wermuth, T. Wüthrich

Die vorherrschende Ideologie vom Wohlstand durch Sparen ist ob den Covid-19-Krediten ins Wanken geraten. Erstmals seit der Bankenkrise 2008 floss Geld unkompliziert und in riesigen Mengen. Dass solche staatlichen Interventionen nicht zwingend Schulden aufhäufen, die wieder eingespart werden müssen, zeigt etwa die Modern Monetary Theory. Entscheidend für die Zukunft bleibt dabei, in was investiert wird und wer darüber entscheidet.

40. Jg. / 2. Halbjahr 2021

IMPRESSUM

Herausgeber*innen / Redaktion
Julia Klebs (verantw.), Jonas Aebi, Regula Flury, Samuel Kaiser, Lea Küng, Salvatore Pittà, Nina Schneider, Therese Wüthrich

Beirat
Heiner Busch, Franco Cavalli, Alex Demirović, Kalus Dörre, Pierre Franzen, Thomas Heilmann, Stefan Howald, Josef Lang, Ueli Mäder, Urs Marti-Brander, Beat Ringger, Hans Schäppi, Walter Schöni, Urs Sekinger, Tove Soiland, Peter Streckeisen, Patricia Prutschert, Daniel Stern, Brigitte Walzrichter

Copyright
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Fotokopien, elektronische Kopien sowie Übersetzungen von Beiträgen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch die Redaktion.

Umschlagbild: Luca D`Urbino, www.durbodesign.com

ISBN 978-3-85869-937-4
ISSN 1420-0945

Adresse Redaktion
redaktion@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

WIDERSPRUCH
Quellenstrasse 25, CH-8005 Zürich
Tel. / Fax 0041 (0)44 273 03 02

Adresse Vertrieb
info@rotpunktverlag.ch
www.rotpunktverlag.ch

Rotpunktverlag
Hohlstrasse 86 A, CH-8004 Zürich
Tel. 0041 (0)44 405 44 88
Fax 0041 (0)44 405 44 89

WIDERSPRUCH abonnieren
WIDERSPRUCH erscheint halbjährlich:
Einzelheft: Fr. 25.– / € 18.–
Jahresabonnement (2 Hefte): Fr. 40.– / € 27.–

Föderabonnement: Fr. 150.– / € 100.–

Gönnerinnen und Gönner unterstützen den Widerspruch mit mindestens Fr. 500.– / € 350.–

zuzüglich Porto und Versandkosten
Postkonto: 80-56062-5
IBAN: CH98 0900 0000 8005 6062 5

www.widerspruch.ch

Mirjam Aggeler / Therese Wüthrich

Von Realitäten, Defiziten und Mythen

Keltons Modern Monetary Theory feministisch gelesen

Warum ist die Annahme falsch, dass der Staat nicht mehr Geld ausgeben soll, als er einnimmt, wie wortführende Ökonom*innen geltend machen? Die Modern Monetary Theory (MMT) stellt dieses Verständnis vom Kopf auf die Füsse, mit grossen Konsequenzen für das Denken makroökonomischer Zusammenhänge. Angesichts der dringenden Fragen bezüglich Staatsausgaben und entsprechenden Defiziten in Zeiten der Krise, aktuell ausgelöst durch Corona, ist es höchste Zeit, sich mit ihr zu befassen. Economiefeministe, die Plattform für feministische Ökonomie,[1] begann diese Auseinandersetzung mit einer Lesegruppe im April 2021 – und zwar anhand der Lektüre von *The Deficit Myth* der amerikanischen Ökonomin Stephanie Kelton (2020). Als Teilnehmerinnen versuchen die Autorinnen in diesem Beitrag das Potenzial der MMT für feministische Politiken zu beleuchten.

Der grösste Wirtschaftssektor in der Krise

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie konnten und können die meisten von uns miterleben, dass es uns alle betrifft, wenn unser Gesundheitssystem beinahe zusammenbricht und in die Krise gerät. Wenn Operationen nicht mehr durchgeführt werden, weil der Platz in den Spitälern nicht mehr vorhanden ist. Wenn das Arbeitsrecht für das Pflegepersonal plötzlich ausser Kraft gesetzt wird. Wenn plötzlich viele Menschen draussen stehen und Applaus spenden, als könnten davon Mieten bezahlt werden, während die Löhne tief bleiben. Wenn Kitas plötzlich geschlossen werden und die Schule von einem Tag auf den anderen zu Hause stattfindet, wo gerade auch für das Büro gearbeitet werden muss.

Die Krise der Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, auf welche Arbeit wir als Gesellschaft nicht verzichten können: auf den überwiegend grossen Teil der oft schlecht und unbezahlt geleisteten Sorge- und Versorgungsarbeit.[2] Sie ist es, die unsere Gesellschaft und unser ziviles Leben am Laufen hält. Es erstaunt also nicht, dass ihr Anteil – gemessen am gesamten Arbeitsvolumen, das in der Schweiz bezahlt und unbezahlt geleistet wird – weit mehr als die Hälfte ausmacht: nämlich siebzig Prozent (Madörin 2019, 89f.).

Doch es ist nicht die Krise, welche die Sorge- und Versorgungsarbeit systemrelevant gemacht hat. Sie war es schon vorher. Und es ist nicht die Krise, die diese Arbeit finanziell und zeitlich prekarisiert hat. Sie hat diesen Missstand nur weiter verschärft.

Das Defizit gegenüber Frauen – Versorgungsarbeit gehorcht einer eigenen ökonomischen Logik

Hundert Milliarden Franken jedes Jahr.[3] So gross ist die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen in der Schweiz, die nicht zuletzt auch als Defizit gegenüber Frauen zu verstehen ist. Die postulierten Lösungsansätze sind so bekannt wie unfruchtbar geblieben: Frauen müssten besser um ihren Lohn verhandeln, besser bezahlte Berufe ergreifen und ihre Arbeitspensen erhöhen. Dadurch wird auch bereits klargestellt, was Arbeit ist und was nicht. Dabei handelt es sich aber um eine sehr verkürzte Perspektive. Denn Frauen und Männer arbeiten in der Schweiz ungefähr gleich viele Stunden. Frauen arbeiten jedoch mehr Zeit unbezahlt und sie arbeiten schlechter bezahlt als Männer. Denn mit einem Anteil an der nicht- und unterfinanzierten Sorge- und Versorgungswirtschaft von über achtzig Prozent verbringen sie einen grossen Teil ihres Lebens in diesem Tätigkeitsgebiet (Madörin 2019, 89f.). Kurz: Sie leisten den grössten Teil jener Arbeit, die für unseren Lebensstandard zentral und notwendig ist, allerdings vorwiegend unbezahlt oder schlecht bezahlt. Es genügt auch nicht, über die Umverteilung der unbezahlten Arbeit zu verhandeln, die Einkommenslücke bleibt dennoch bestehen. Frauen für ihre Einkommenslücke verantwortlich zu machen, weil sie überwiegend in schlechtbezahlter Sorge- und Versorgungsökonomie arbeiten, während gleichzeitig die Systemrelevanz dieser Arbeit proklamiert wird, ist schlicht zynisch.

Vielleicht kann es als Chance betrachtet werden, dass die Sorge- und Versorgungsarbeit einerseits und die prekären Bedingungen, unter denen sie oft geleistet wird, durch die Krise der Corona-Pandemie eine neue Sichtbarkeit erlangt hat. Es drängt sich auf, dass wir uns dringend mit einem Umbau der Organisation und der Finanzierung von Sorge- und Versorgungsarbeit auseinandersetzen. Zumindest dann, wenn wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, uns weiterhin auf die finanzielle und zeitliche Ausbeutung von Frauen und anderen unterbezahlten Arbeitskräften abstützen und uns mit einem schleichenden Abbau sozialstaatlicher Leistungen zufriedengeben wollen. Und wenn wir nicht beabsichtigen, in Zukunft mit ähnlichen Krisen der Sorge- und Versorgungswirtschaft konfrontiert zu werden, wie sie uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt hat.

Wenn wir über einen derartigen Umbau der Organisation und der Finanzierung der Versorgungsarbeit nachdenken wollen, müssen wir uns mit einem komplexen Wirtschaftssektor auseinandersetzen, der in einer anderen Logik funktioniert als die industrielle Güterproduktion. Während beispielsweise immer mehr Autos in immer kürzerer Zeit produziert werden können, wodurch der Stückpreis sinkt, ist es kaum möglich, immer schneller zu pflegen oder Kinder zu betreuen. Mit anderen Worten: In der Sorgearbeit ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, wie dies in der industriellen Produktion etwa durch Automatisierung geschieht, nur sehr beschränkt möglich. Sorge- und Versorgungsarbeit ist und bleibt arbeits- und damit kostenintensiv. Aufgrund demografischer Entwicklungen ist darüber hinaus davon auszugehen, dass der Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft an Volumen weiter zulegen wird.

Wer soll das bezahlen?

Die Modern Monetary Theorie (MMT) zeigt für Staaten mit hoher Währungssouveränität[4] wie die Schweiz ganz andere finanzielle Spielräume auf, als sie laut der neoklassischen Wirtschaftstheorie und ihren Verfechter*innen vorhanden sind. Diese Spielräume liegen in der einzigartigen Position des Staates als Währungssouverän begründet: Er ist als einzige Instanz Währungsherausgeber. Alle anderen, wie Haushalte, private Unternehmen, Kantone und Gemeinden sind Währungsnutzende. Im Gegensatz zu den Währungsnutzenden braucht ein Währungsherausgeber keine Einnahmen, um Ausgaben zu tätigen oder Schulden zu begleichen – sofern sie in seiner eigenen Währung sind. Kelton veranschaulicht diesen Sachverhalt anhand von folgendem Beispiel: Der Währungsherausgeber, also der Staat, hat die Rolle des Schiedsrichters (Punktezähler), die Währungsnutzenden sind die Spieler*innen. Während die Spieler*innen Punkte brauchen, um zu gewinnen, gilt dies nicht für den Schiedsrichter. Er verteilt Punkte und zieht Punkte ab, aber weder die verteilten noch die abgezogenen Punkte ändern

etwas an seiner Situation: Er selber braucht keine Punkte. Er reguliert ganz einfach das Spiel (Kelton 2020, 27f.; 270f.).

Die MMT macht darüber hinaus deutlich, dass das im Goldstandard verhaftete neoklassische Bemühen um einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt nur die eine Hälfte des Bildes in Betracht zieht. Betrachten wir den Geldkreislauf aber durch die Linse der MMT als Ganzes, inklusive des nichtstaatlichen Sektors, ergibt sich folgendes Bild. Das Staatsdefizit basiert im Wesentlichen auf einer einfachen Formel: Die Ausgaben des Staates minus Steuern und andere Einnahmen gleich Staatsdefizit (oder Staatsüberschuss). So betrachtet, entspricht das Staatsdefizit innerhalb eines Haushaltsjahres dem Überschuss der gesamten Privatwirtschaft im selben Jahr. Die Angst vor dem Staatsdefizit erscheint somit als Mythos.

Laut MMT benötigt der Staat als Währungsherausgeber keine Einnahmen, um seine Ausgaben zu finanzieren. Und er kann seine Schulden in eigener Währung jederzeit begleichen. Das heisst: Ein Staat mit hoher Währungssouveränität kann nicht bankrottgehen, sofern er seine Schulden in eigener Währung hält. Der obligate Ruf nach Steuererhöhungen oder dem Abbau von Sozialleistungen, um das Staatsdefizit auszugleichen, sorgt bei Vertreter*innen der MMT folglich für Kopfschütteln. Dennoch kann ein Staatsdefizit zu gross werden; nach Kelton bei Investitionen, die die ökonomische Kapazitätsgrenze übersteigen, sei es durch die Privatwirtschaft oder durch den Staat selbst. In der Folge kommt es zu einer Inflation. Das heisst: Nicht die Höhe des Staatsdefizits an und für sich, sondern seine Relation zu realen Ressourcen und Produktionskapazitäten bestimmen die Grenzen für Staatsausgaben. Diese Erkenntnis eröffnet für Staaten wie die Schweiz völlig neue finanzielle Spielräume. Spielräume, die für Fragen der Finanzierung von bisher unbezahlt oder schlecht bezahlt geleisteter Arbeit, eine neue Ausgangslage schaffen können.

Eine Diskursverschiebung tut not

Um den Herausforderungen rund um die Finanzierung und Organisation von Sorge- und Versorgungsarbeit gerecht zu werden, dürfen Profitlogik und damit einhergehender Spardruck in der Sorge- und Versorgungswirtschaft keinen Platz mehr haben. Ihrer eigenen ökonomischen Logik und ihrer Bedeutung für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft muss endlich Rechnung getragen werden. Die MMT könnte als Grundlage dienen, diesen Diskurs neu zu führen, ohne gleich zu Beginn an der Frage zu stranden, wer das alles bezahlen soll. Denn sie weist dem Staatsdefizit für die Budget-Gestaltung eines Staatshaushalts mit souveräner Währung eine ganz andere Bedeutung zu als die neoklassische Wirtschaftstheorie. Dadurch zeigt sie Spielräume auf, die für die Finanzierung von zeitintensiver Arbeit verwendet werden könnten.

Das Ziel muss eine organisatorische und finanzielle Architektur unserer Sorge- und Versorgungswirtschaft sein, die sich nicht länger auf die Ausbeutung von insbesondere weiblicher Arbeitskraft verlässt. Dafür ist ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess nötig. Wir müssen uns darüber verständigen, welche zeit- und kostenintensiven Arbeiten vom Staat finanziert werden müssen – sei es im privaten oder im institutionalisierten Bereich.[5] Denn letztlich geht es darum, sich mit diesem riesigen und komplexen Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft auseinanderzusetzen und die sich herausstellenden ökonomischen Fragen zu benennen und Konzepte für deren Bewältigung zur Diskussion zu stellen. Ansatzpunkte, denen Economiefeministe weiter nachgehen will.

Anmerkungen

1 Economiefeministe, die Plattform für feministische Ökonomie, wurde im Dezember 2020 gegründet: econonmiefeministe.ch. Die Lesegruppe zur MMT wurde von der Ökonomin Mascha Madörin und der Politologin Christine Rudolf geleitet. Der erste Entwurf des Beitrages wurde in diesem Rahmen diskutiert und kommentiert.

2 Unter Sorge- und Versorgungswirtschaft verstehen wir alle bezahlten und unbezahlten personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen (Madörin 2019).

3 Die feministische fakultät fem! und die Ökonomin Mascha Madörin haben mithilfe von statistischen Daten und Wirtschaftstheorien unterschiedliche Geldströme von Frauen und Männern auf der makroökonomischen Ebene herausgearbeitet (www.feministische-fakultaet.org/makroskandal).

4 Währungssouveränität ist als Spektrum zu verstehen. Ein Staat mit maximaler Währungssouveränität tätigt Ausgaben, erhebt Steuern und leiht in seiner eigenen nichtkonvertierbaren Währung (freier Wechselkurs).

5 Siehe dazu auch: Anja Peter und Christine Rudolf: Ein feministischer Blick auf eine zukunftsfähige Versorgungsökonomie. www.makronom.de/ein-feministischer-blick-auf-eine-zukunftsfaehige-versorgungsoekonomie-39582 (Abfrage: 2.8.2021).

Literatur

Kelton, Stephanie, 2020: The Deficit Myth. Modern Monetary Theory and the Birth of the People's Economy. New York

Madörin, Mascha, 2019: Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch, Ulrike (Hg.): Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim/Basel, 89–119